

Mechthild Veil

Familienpolitische Debatten im Aufwind: Streit um Leitbilder und um Kinder

Die CDU tut etwas zum Abbau der Vereinbarkeitsproblematik, für einen Väterurlaub und – welche Überraschung – sie diskutiert auch die Reformierbarkeit des von Feministinnen auf das Heftigste kritisierten Ehegattensplittings, allerdings in Richtung eines Familiensplittings statt Individualbesteuerung (Wrohlich 2005; Jenter und Spangenberg 2006). Eine CDU-Familienministerin bringt den Entwurf für ein Elterngeldgesetz ein, der sich ausgerechnet am Beispiel Schweden, einer »von Gleichstellung besessenen Gesellschaft« orientiert, wie es die schwedische Sozialwissenschaftlerin Ingrid Jönsson (2002) einmal ausgedrückt hat. Können sich Feministinnen nun bequem zurück lehnen und sich endlich einmal über einen Etappensieg freuen?

Irritationen

Ausgerechnet die Konservativen? Was haben sie vor? Was ist das Ziel des Elterngeldes, das ab dem 1. Januar 2007 das geltende Erziehungsgeld ablösen soll? Geht es darum, den Modernisierungsrückstand deutscher Familienpolitik in der Vereinbarkeitsproblematik durch einen voluntaristischen Akt im Schnellverfahren aufzuholen? Geht es um mehr Gleichberechtigung in der Kindererziehung? Familienministerin von der Leyen scheint dies vorzuhaben, sie will ausdrücklich *erwerbstätige* Eltern mit dem Elterngeld unterstützen und eine stärkere Beteiligung der Väter an der Erziehung ihrer Kinder durch die sog. Vätermonate erreichen. Deshalb folgt das Elterngeld einer anderen Logik als das aktuelle Erziehungsgeld: War das Erziehungsgeld eine pauschalierte Leistung für »bedürftige« Haushalte, so ist das Elterngeld als Lohnersatzleistung konzipiert, deren Höhe in Abhängigkeit vom letzten Nettoeinkommen (67%) des/der Erziehenden je nach individuellem Einkommen unterschiedlich ausfällt, mit einer Obergrenze von monatlich 1.800 Euro und einem Mindestbetrag von monatlich 300 Euro, z.B. für Nichterwerbstätige, Arbeitslose oder Studierende. Elterngeld soll die Folgen einer Berufsunterbrechung (ausgefallenen Lohn) für einen kurzen Zeitraum (12 Monate plus evtl. zwei Vätermonaten) für den erziehenden Elternteil kompensieren. Gedacht ist an einen schnellen beruflichen Wiedereinstieg (der Frauen). Nicht gedacht wurde daran, wie Eltern (sprich Frauen) nach einer 12- oder 14-monatigen Elternzeit überhaupt in den Beruf zurück kehren können,

wenn lediglich für 10% der Kinder unter drei Jahren Krippenplätze zur Verfügung stehen, die meisten davon in Ostdeutschland? Das Vorbild Schweden hat es anders gemacht. Dort hatte sich der Staat bereits in den 1960er Jahren um eine ausreichende Infrastruktur für die Kleinkindbetreuung gekümmert bevor 1974 die »Elternversicherung«, wie es in Schweden heißt, eingeführt worden ist, die ab dem Jahre 1994 einen sog. Vatermonat ermöglichte. Die »Elternversicherung« ist Teil verschiedenster Gleichstellungsreformen und -praktiken. Gerade weil sie in Ganztags-Kinderbetreuungseinrichtungen, Vorschulen, Schulen und in pädagogisch anspruchsvollen Freizeiteinrichtungen eingebettet ist, hat sie Erfolg. Kann die deutsche Gesellschaft auf diese Etappen verzichten? Kann eine Gesellschaft, in der die Müttererwerbstätigkeit zunächst als alarmierende Entwicklung lediglich mit Vorbehalten zur Kenntnis genommen wurde, schneller an das Ziel gelangen als in Schweden, wo erwerbstätige Mütter bereits seit den 1960er Jahren gesellschaftliche und finanzielle Unterstützung finden? Wohl kaum. Wie kompliziert das Ursache-Wirkungsverhältnis von sich ändernden Geschlechterrollen, Meinungsbildungsprozessen und familienpolitischen Orientierungen ist, hat z.B. Wiebke Kolbe (2002) in einem deutsch-schwedischen Vergleich zur Elternschaft für den Zeitraum 1945 bis 2000 aufgezeigt

Demografische Diskurse versus Gleichstellungspolitik

Mit dem Elterngeld werden nicht nur gleichstellungspolitische Ziele verfolgt. Familienministerin von der Leyen selber verspricht sich von einer erfolgreichen Umsetzung des Elterngeldes ansteigende Geburtenzahlen. Viele ihrer männlichen Kollegen hingegen lehnen diesen Zusammenhang ab. »Es geht darum, dass mehr Kinder geboren werden, und nicht, wer spült«, sagt z.B. der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU). Tatsächlich? Die Frage, wer macht was, ist dagegen Teil einer Gleichstellungspolitik, die Sprengkraft enthält. So war es sicherlich kein Zufall, dass die erste französische feministische Zeitschrift (Mitte der 1980er Jahre) den Namen trug: »Der Putzlappen brennt« (Le torchon brûle). Zu solch einer Entwicklung soll das geplante Elterngeld nicht auffordern.

Die neuerdings vehement geführten demografischen Diskurse komplizieren die Debattenlage zur Familienpolitik. Schlüsselbegriffe feministischer Analysen zur Familienpolitik, wie Autonomie der Frau, Sichtbarmachen ihrer Arbeit, Kritik an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowie die Zusammenführung von Familien- mit Gleichstellungspolitiken, werden durch aufgeregte Diskussionen über sinkende Geburtenzahlen lautstark in den Hintergrund gedrängt (die Feministischen Studien haben im Schwerpunktheft »Kinderlosigkeit«, 1/2005, diese Diskurse zum Thema gemacht). In der aggressiven Variante aktueller demografischer Diskurse geht es einigen männlichen Protagonisten um die Funktionalisierung von Familie und Familienpolitiken ausschließlich für mehr Ge-

burten. Unbeeindruckt von neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen und Umfragen z.B. der Robert-Bosch-Studie (2006), wonach mehr Männer als Frauen kinderlos bleiben wollen, geraten zunehmend Frauen unter Druck, mehr oder überhaupt Kinder zu gebären – für die Sicherung unserer Renten, für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, für den Fortbestand des Landes, für..., für...? Die Dynamik dieser funktionalistischen Debatten ist unbegrenzt. Autonomiebestrebungen von Frauen nach einem selbstbestimmten Leben sowie das Recht, selber die Kriterien für ein »gelungenes Leben« zu entwickeln, stören, wenn es darum geht, Frauen mehr oder weniger explizit auf Gebärpflicht fest zu legen.

Die diskursive Verarbeitung der demografischen Wende erhöht den moralischen Druck auf den Staat, sich in die persönlichste aller familienpolitischen Entscheidungen, Kinder oder keine, auf der moralisch-normativen Ebene und mit Hilfe finanzieller Anreize einzumischen. Dabei sollte sich staatliches Handeln darauf beschränken, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Männer und Frauen sich ihren Kinderwunsch erfüllen können und dass erleichterte Vereinbarkeitsbedingungen z.B. durch ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen werden. Aber immer dann, wenn hierzu Forderungen an den Staat gestellt werden, wenn Vätermonate eingeführt werden, wenn es also um Gleichstellungspolitik geht, treten diejenigen, die staatliche Familienpolitik im Sinne einer Geburtenförderung effizienter gestalten wollen, mit dem Argument auf den Plan, der Staat solle nicht in Familien hineinregieren.

Wie weiter?

Mit der Reform des Erziehungsgeldgesetzes in Richtung Elterngeld versucht die derzeitige Regierung umzusteuern und familienpolitische Leistungen vorrangig auf *erwerbstätige* Eltern zu konzentrieren. Familienpolitik soll mit dem gesellschaftlichen Wandel und den Erwartungshaltungen junger Frauen und Familien Schritt halten. Wie kann dies jedoch gelingen, ohne die entsprechende Infrastruktur und ohne einen gesellschaftlichen Konsens für das Leitbild erwerbstätiger Mütter hergestellt zu haben? Wie kann der Balanceakt gelingen, das Elterngeldgesetz nach dem Beispiel Schwedens umzusetzen, ohne eine explizite Gleichstellungspolitik zu verfolgen? Notwendig ist es deshalb, ergänzend zum Elterngeld gleichzeitig Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren ganztägig auszubauen und im Anschluss an die Elternzeit einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung, in einer Krippe oder durch eine staatlich geförderte Tagesmutter, zu fordern.

Hierfür ist nicht nur in der frauenpolitischen Öffentlichkeit ein kohärenter Wille notwendig. Legt sich die Regierung nicht auf ein modernisiertes Leitbild,

das der erwerbstätigen Mutter fest, weiß sie nicht, was sie will, dann gerät ihre Familienpolitik zum Spielball unterschiedlichster Interessen. Mit radikal demografisch orientierten Diskursen wird derzeit versucht, gleichstellungspolitische Errungenschaften als defizitäre Entwicklungen umzudeuten, die sie für den Geburtenrückgang verantwortlich machen. Das Beispiel Schweden zeigt, dass eine wirkungsvolle Familienpolitik und Meinungsbildung notwendig sind, um eine gleichstellungsorientierte Familienpolitik durchzusetzen. Sollten sich Feministinnen nicht stärker in die aktuellen Debatten einklinken, um emanzipatorische Leitbilder von Mutterschaft und Elternschaft zu verankern – auch wenn das Verhältnis von Frauen- zur Familienpolitik nicht immer konfliktfrei ist?

Literaturhinweise

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005): Gender Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Fagnani, Jeanne (2001): Les Français font toujours plus d'enfants que les Allemandes de L'Ouest. In: Recherches et Prévisions, H. 64, S. 49–63.
- Jenter, Anne und Ulrike Spangenberg (2006): Neuorientierung der Ehebesteuerung: Ehegattensplitting und Lohnsteuerverfahren. Kurzfassung. Abgerufen im Juni 2006 unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_fo_kurzfassung_ehe.pdf
- Jönsson, Ingrid (2002): Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben in Schweden. In: WSI Mitteilungen, H. 3, S. 176–183.
- Kolbe, Wiebke (2002): Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich 1945–2000. Frankfurt/New York.
- Robert Bosch Stiftung (Hg.) (2006): Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Stuttgart.
- Veil, Mechthild (2004): Frankreich. Erklärt die gesellschaftliche Verankerung französischer Familienpolitik die steigenden Geburtenraten und die hohe Müttererwerbstätigkeit? In: KAS/Auslandsinformationen, H.1, S. 4–25.
- Wrohlich, Katharina (2005): Steuerliche Familienförderung in Frankreich und Deutschland. DIW Wochenbericht, Nr. 33.